

Vorlage-Nr.: **2049-2014/DaDi**

Aktenzeichen: 221-003

Fachbereich: Koalition der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Frau Bürgermeisterin Christel Sprößler
Frau Fraktionsvorsitzende Harth

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Schul-, Kultur- und Sportausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Förderung der Betreuenden Grundschulen - Änderungsantrag SPD, Grüne**

Beschlussvorschlag:

1.)

Die Zum Stichtag des 01.08.2014 in der Trägerschaft des Landkreises stehenden Betreuenden Grundschulen bleiben bis auf Weiteres in der Trägerschaft des Landkreises, es sei denn, es bieten sich geeignete Dritte als Träger an. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg wird darüber hinaus zukünftig keine weiteren Betreuenden Grundschulen in seine Trägerschaft übernehmen.

2.)

Der Kreisausschuss wird beauftragt, im Gespräch mit dem Hessischen Kultusministerium konkrete Aussagen zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag als „Pakt für den Nachmittag“ bezeichneten Vorhaben und Maßnahmen zu erlangen. Insbesondere ist zu erörtern, auf welcher Zeitschiene die Landesregierung eine Realisierung dieser Maßnahmen plant, wie die Finanzierung dieser Maßnahmen angedacht ist und wie die Maßnahmen ausgestaltet werden sollen.

3.)

Der Antrag der Koalition zu den Betreuenden Grundschulen wird bis zur Erlangung hinreichender Antworten von der Landesregierung im Geschäftsgang des Kreistages zurückgestellt.

Begründung:

Zu 1:

Bis zur Umstellung auf ein neues Fördersystem soll der Status quo beibehalten werden, um den Trägern der Einrichtungen eine vorläufige Planungssicherheit zu geben. Die Übernahme neuer Schulen in die Trägerschaft des Kreises ist angesichts der unklaren Ausgestaltung der zukünftigen Förderung bis auf Weiteres nicht vorgesehen.

Zu 2 und 3:

Die Koalition kommt dem ausdrücklichen Wunsch der Oppositionsfraktionen CDU und Die Linke mit diesen Antragsziffern nach und beabsichtigt die Beratung und Beschlussfassung über den von ihr erarbeiteten Antrag zu verschieben bis genauere Informationen über die Zeitplanung und Ausgestaltung der Landesförderung in Erfahrung gebracht werden können.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.